

Antrag 150/I/2022 KDV Neukölln
Hände weg von den Daten - Kein Big Data für die Polizei!

Beschluss: Beschluss des Parteitags

“Informationelle Selbstbestimmung stärken”Wir lehnen eine intransparente Datenzusammenführungen und Mega-Datenbanken - wie beispielsweise durch die Software Palantir - als unzulässigen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ab.

Die Nutzung von Apps wie z.B. zur Pandemiebekämpfung – wie die Luca-App - dürfen nicht ohne richterlichen Beschluss durch die Polizei zur Strafverfolgung genutzt werden.

Die Nutzung von Palantir oder vergleichbarer Software, die in der Lage ist, enorme Datensammlungen des Staates ohne Wissen der Betroffenen oder ohne richterliche Kontrolle zusammenzuführen, lehnen wir ab.

Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass strenge Datenschutzmaßgaben, insbesondere an den polizeilichen Umgang mit Daten beschlossen und umgesetzt werden. Das Ziel dieser Maßgaben muss sein, das informationelle Selbstbestimmungsrecht zu schützen, Eingriffe zu beschränken und den Einsatz von entsprechender Software streng zu regulieren und zu kontrollieren.

Überweisen an

AH Fraktion, Landesgruppe, Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme Senat 2024:

Erledigt, da das Anliegen geprüft wurde und der Senat im Ergebnis kein rechtsstaatliches Mittel der Verbrechensbekämpfung pauschal ausschließt. Durch die inzwischen erfolgte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind die Voraussetzungen hierfür eng und klar umrissen.